

## PRESSEMITTEILUNG

## SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

### Erfolgsmodell des kooperativen Ganztags muss weitergeführt werden!

#### SPD-Stadtratsfraktion übt Kritik an Kündigung des Freistaats

Die SPD-Stadtratsfraktion zeigt sich bestürzt hinsichtlich der Entscheidung des Freistaats, die Förderung des kooperativen Ganztags aufzukündigen. Bisher waren sich die Kooperationspartner Freistaat und Stadt einig, dass der Ansatz der Verschränkung des schulischen und des Hortbereichs bestens funktioniert. Aus diesem Grund erfolgte in dieser Woche in den beiden Ausschüssen Jugendhilfe und Schule ein mündlicher Bericht zur aktuellen Situation.

Dr. Anja Pröbß-Kammerer, Sprecherin für den Ausschuss Schule, ordnet die Situation wie folgt ein:

„Die Entscheidung kommt für uns aus heiterem Himmel. Bei der Einweihung der Michael-Ende-Schule in St. Leonhard wurde das Konzept vom Kultusministerium noch als „bestmögliche Unterstützung für Kinder“ gelobt. Nach Expertenmeinung hat sich nichts daran geändert. Mit der Kündigung brechen wichtige Ressourcen weg, was uns zurückwerfen wird. Zudem kommt das alles zur Unzeit, da die Stadt aktuell schon genug zu kämpfen hat, um den Rechtsanspruch auf Ganztags finanziell stemmen zu können. Wir wissen daher zu schätzen, dass die Stadtpitze hier weiter hart verhandeln will.“

Seit Jahren wird an der Michael-Ende-Schule in St. Leonhard, der Gretel-Bergmann-Schule in Langwasser und am Schulstandort in Altenfurt das Modell des kooperativen Ganztages erfolgreich umgesetzt. Die weitere finanzielle Absicherung des Programms durch den Freistaat wird seitens der SPD-Stadtratsfraktion als entscheidender Knackpunkt definiert. Die Kommune darf nicht alleine gelassen werden.

„Der kooperative Ganztags hat vor Ort bestens gewirkt. Wir brauchen diesen innovativen Ansatz. Gerade am Standort in St. Leonhard zeigte sich, wie ein qualitativ guter Ganztags funktionieren kann und welche Chancen das Konzept für Kinder in einem urbanen Quartier birgt. Bei einem konventionellen Ansatz ohne die Verschränkung der Bereiche würde ein nicht zu verachtender Teil der Betreuungsplätze wegfallen. Ich habe absolut kein Verständnis für die Entscheidung.“, ergänzt Yasemin Isabel Yilmaz, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Erste Überlegungen des Freistaats zu alternativen Finanzierungen werden skeptisch verfolgt:

„Überlegungen, Gelder aus dem Start-Chancen-Programm des Bundes als finanziellen Zuschuss für die Schulen heranzuziehen, halten wir für falsch. Das Programm soll Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen fördern, auch Jugendsozialarbeit an Schulen – für diese Zwecke werden diese Mittel in Nürnberg dringend gebraucht. Zudem sind die Mittel befristet, weshalb leider auch von keiner langfristigen Lösung ausgegangen werden kann“, führt Dr. Anja Pröbß-Kammerer aus.

#### Kontakt:

Dr. Anja Pröbß-Kammerer: 0175 – 7804537

Yasemin Yilmaz: 0163 – 8724526

Nürnberg, 26. April 2024